

«FDP, CVP und SP hielten stur am Hinterzimmer-Deal fest»

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo hat für die Trennung von Steuervorlage und AHV gekämpft. Dass der Nationalrat davon nichts wissen wollte, ist für sie eine verpasste Chance.

mit Magdalena Martullo
sprach Olivier Berger

Mit ihrem Hauptanliegen ist die Bündner SVP-Vertreterin Magdalena Martullo gestern im Nationalrat gescheitert: Sie kämpfte bei der Steuervorlage 17 für eine Trennung von Unternehmenssteuerreform und AHV-Sanierung. Martullo gehörte einst zu den Befürworterinnen der Steuervorlage; dass sie später ins Lager der Gegner gewechselt ist, hat zuletzt für Schlagzeilen gesorgt.

Frau Martullo, wie enttäuscht sind Sie?

MAGDALENA MARTULLO: Ich hatte es so erwartet. Aber es stimmt schon, ich bin etwas enttäuscht. Der Nationalrat hat es verpasst, eine Vorlage auszuarbeiten, die auch vor dem Volk glaubwürdig gewesen wäre. Stattdessen hielten FDP, CVP und SP stur am Hinterzimmer-Deal des Ständerats fest.

Die einen sprechen von Kompromiss, die anderen von Kuhhandel. Was stört Sie an der Verknüpfung der Steuerreform mit der AHV? Manche Mitglieder unserer Fraktion finden, Kuhhandel sei hier zu nett aus-

gedrückt (lacht). Die Vorlage, wie sie jetzt ist, wurde vom Ständerat ja quasi über Nacht zusammengezimmert. Die Ständeräte haben damals auch gesagt, der Nationalrat könne dann ja noch nachbessern. Das hat aber nicht stattgefunden. Jetzt sollen zwei Milliarden Franken in die AHV gepumpt werden, welche die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer letztlich über höhere Lohnabzüge selber bezahlen müssen. Im Gegenzug erhalten sie aber trotzdem keine Rentensicherheit, weil die AHV nicht saniert wird. Aber eben, die anderen Parteien wollten das so.

Den letzten Versuch einer AHV-Sanierung hat allerdings die SVP versenkt.

Die AHV muss nachhaltig saniert werden. Wenn höhere Beiträge einbezahlt werden, dann muss im Gegenzug auch die Rente gesichert sein. In der letzten Vorlage wurden aber noch 70 Franken im Giesskannenprinzip verteilt und das Problem vergrössert. Das Rentenalter für Frauen und Männer bei 65 Jahren muss Teil einer nachhaltigen Vorlage sein. Die FDP wollte das Rentenalter aber heute nicht behandeln.

Zurück zur Debatte im Rat. Für Sie standen sogar die Grundsätze der Demokratie infrage, wie Sie in Ihrem Votum gesagt haben. Ist das nicht etwas übertrieben?

Ich finde nicht. Wenn man sich die Situation ansieht, haben wir zwei Probleme, die möglichst rasch gelöst werden müssen. Das eine ist die Steuerreform, das andere die Sanierung der AHV. Ich war immer dafür, dass wir diese beiden Probleme möglichst rasch und gleichzeitig angehen. Aber ich bin gegen dieses Zusammenbinden der beiden Fragen in einer einzigen Vorlage. Die SVP denkt immer auch an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Für die heisst die Frage jetzt «alles oder nichts». Damit entzieht man ihnen faktisch das Stimmrecht, und das habe ich dem Rat auch klarzumachen versucht. Leider ohne Erfolg.

Sie glauben also nicht daran, dass sich Steuerentlastungen für Unternehmen besser verkaufen lassen, wenn man sie mit zwei Milliarden Franken für die AHV verknüpft? Zumindest was die Wählerinnen und Wähler der SVP angeht, bin ich da

skeptisch. Unsere Wähler mögen es gar nicht, wenn sie über den Tisch gezogen werden. Auch die Wirtschaftsverbände schlucken diesen Kompromiss ja nur zähneknirschend – und nur, weil sie die Steuerreform unbedingt wollen.

Die Vorlage wird von den eidgenössischen Räten nun wohl durchgewinkt. Wie geht es weiter? Wägen Sie eine Prognose?

Ich gehe auch davon aus, dass das Parlament die Vorlage jetzt durchzieht. Immerhin sind die anderen grossen Parteien neben der SVP mehr oder weniger geschlossen dafür. Die kleineren Parteien haben sich ja mit uns zusammen für eine Trennung starkgemacht. Was danach passiert, ist offen. Ein Referendum von links ist ja be-

Obwohl sich die SP im Rat für die Verbindung von Steuern und AHV stark gemacht hat? Ja, trotzdem.

Trotz grossen Zugeständnissen stehen nicht einmal die Linken geschlossen hinter diesem sogenannten Kompromiss. Die effektive Steuerreform findet ja dann in den Kantonen statt, der Bund schafft dafür nur die Spielräume. Die SP hat aber bereits bekannt gegeben, dass sie die kantonalen Steuererhöhungen um jeden Preis bekämpfen wird. Der Kompromiss wird sich also steuerlich nicht bewähren, die Lohnabzüge für die AHV haben wir aber dann umgesetzt ...

Und die SVP wird sich an einem Referendum beteiligen?

Nein, das glaube ich nicht. Wir haben andere Prioritäten – von der Selbstbestimmungsinitiative bis zum EU-Rahmenabkommen.

Für Ihren Wechsel vom befürwortenden ins gegnerische Lager mussten Sie zuletzt medial Prügel einstecken. Hat Sie das getroffen?

Ich hätte ja selber nie gedacht, dass ich irgendwann nach Bern fahren und die Steuerreform bekämpfen würde (lacht). Im Gegenteil, ich erzählte allen immer, dass wir diese Reform dringend brauchen. Aber diese Vorlage kann ich nicht unterstützen, weil sie die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger nicht respektiert. Wir werden andere gute Wege finden müssen.



Ein Gesicht spricht Bände: Magdalena Martullo muss im Nationalrat erkennen, dass ihr Einsatz nicht gefruchtet hat.

Bild Keystone